

Zeichen stehen auf Vorfahrt

Systeme werden von den Kommunen positiv bewertet

Park-o-Pin darf auch in Zukunft problemlos als Alternative zum Parkscheinautomaten genutzt werden.

VON JAN STING
UND THOMAS ESCH

Auf Vorfahrt stehen die Zeichen für die in Bergisch Neukirchen entwickelte Taschenparkuhr Park-o-Pin. Wie das Unternehmen mitteilt, hat sich der Bund-Länder-Fachausschuss Straßenverkehrsordnung jetzt einstimmig dafür ausgesprochen, die ursprünglich bis Ende 2007 befristete elfte Ausnahmeregelung, die unter anderem die Nutzung von Handys und Taschenparkuhren erlaubte, dauerhaft in die Straßenverkehrsordnung aufzunehmen. Diese alternativen Systeme ermöglichen die punktgenaue Abrechnung der tatsächlich gekaperten Zeit. Das Bundesverkehrsministerium werde jetzt eine dauerhafte Nutzungsbefugnis in die Wege leiten.

Wie das Bergisch Neukirchener Unternehmen mitteilt, werden die Systeme von den Kommunen positiv bewertet. Auch die Nutzer seien angetan, bislang seien keine wesentlichen Probleme im Betrieb aufgetreten. Die Nutzerzahlen seien zwar zur Zeit noch gering, stiegen aber kontinuierlich an. 400 Leverkusener hatten sich bis Ende 2006 ein entsprechendes Gerät zugelegt. Auch in den Städten Bad Münstereifel, Lipstadt, Eisleben und Hennef ist die Uhr im Einsatz, so dass sich insgesamt 1750 Autofahrer seit März 2005 ein solches Gerät kauften. Wie die Firma erklärt, zahlen 95 Prozent



Park-o-Pin darf auch in Zukunft problemlos als Alternative zum Parkscheinautomaten genutzt werden.

BILD: BRITTA BERG

aller Autofahrer am Automaten nämlich deutlich zu viel. Fünf Prozent zahlen zu wenig, und riskieren damit ein Knöllchen.

Für Leverkusen stellt der Fachbereich Straßenverkehr fest, dass es bislang „keine negativen Reaktionen aus der Bevölkerung“ zu Park-o-Pin bekannt seien, so heißt es in einer Bilanz des Amtes für das abgelaufene Jahr. Zudem sei noch kein Nutzer der mobilen Parkuhr verwarnet worden.

Dem so genannten Handyparken gibt der Fachbereich kaum eine Chance auf eine Einführung an Rhein und Wupper. Beispiele aus anderen Städten zeigten, das die vorübergehende Zulassung auf wenig Resonanz gestoßen sei. In der benachbarten Domstadt beispiels-

weise sei ein Versuch mittlerweile eingestellt worden. Zwar werde es einen weiteren Test geben, „allerdings ist es fraglich, ob das System dann stärker genutzt wird“, lautet die kritische Einschätzung.

Abgesehen von dem mangelnden Interesse nennt das Amt einen angesichts der desolaten Finanzlage der Stadt viel bedeutenderen Grund, der gegen eine Einführung eines „virtuellen Systems“ spricht: Es ist zu teuer. Entweder müssten die Parkscheinautomaten kostenträchtig umgerüstet werden, damit per Handy Tickets gekauft werden können, oder die Politessen müssten mit teuren Erfassungsgeräten ausgestattet werden. Dazu komme noch, dass es mehrere konkurrierende Systeme gebe.